https://thecradle.co/articles/israels-electoral-deadlock-can-netanyahu-turn-war-into-political-survival

Israels Wahlpattsituation: Kann Netanjahu den Krieg zu seinem politischen Überleben nutzen?

Das uneinheitliche Wahlergebnis in Israel hat dazu geführt, dass Netanjahu sich an die Macht klammert, wobei eine erneute Konfrontation mit dem Iran einen möglichen Weg zu einer Notstandsregierung bietet.



30. Oktober 2026 | Mohammad al-Ayoubi

Bei den Knesset-Wahlen am 27. Oktober verfehlte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die Regierungsmehrheit, obwohl der Likud als stärkste Partei hervorging. Auch sein Hauptkonkurrent, der ehemalige Militärchef Gadi Eisenkot, blieb hinter den Erwartungen zurück, sodass nun 19 palästinensische Abgeordnete darüber entscheiden können, wer die nächste Regierung bildet.

Ein Großteil der zionistischen Opposition weigert sich jedoch, auf die Unterstützung der palästinensischen Parteien zurückzugreifen.

Nach den endgültigen Wahlergebnissen erhielt Netanjahus Block 53 Sitze, Eisenkots Oppositionslager 48 und die arabischen Parteien 19. Keines der beiden Lager erreichte die für eine Mehrheit in der 120 Sitze zählenden Knesset erforderlichen 61 Sitze.

Netanjahus Verbündete und Personen aus dem Umfeld von US-Präsident Donald Trump sollen Berichten zufolge die Bildung einer Notregierung der nationalen Einheit unter Eisenkot für den Fall eines weiteren israelischen Krieges gegen den Iran erörtert haben, was dem Ministerpräsidenten einen möglichen Weg zum Verbleib an der Macht eröffnen würde.

Netanjahu gewinnt die Wahl, verliert aber seine Mehrheit

Netanjahus Block mit 53 Sitzen setzt sich zusammen aus dem Likud mit 27 Sitzen, der Shas mit sechs, dem Vereinigten Torah-Judentum mit sieben, Otzma Yehudit mit sieben und dem Religiösen Zionismus mit sechs.

Die 26 Sitze, die Netanjahus religiöse, ultraorthodoxe und rechtsextreme Koalitionspartner innehaben, verschaffen ihnen erheblichen Einfluss auf seine Koalition, insbesondere in Fragen der Wehrpflicht, der Siedlungen und der Ausgabenpolitik.

Das Regierungslager schrumpfte von 68 Sitzen in der scheidenden Knesset auf 53 und verlor damit seine Fähigkeit, eigenständig zu regieren.

Der Israel-Experte Adel Shadid weist die Bezeichnung des Ergebnisses als „echten Sieg“ zurück und erklärt gegenüber *The Cradle*, dass das Ergebnis einen erheblichen Rückgang der politischen Stärke des Regierungslagers darstelle.

Shadid verweist auf die Verluste des Likud und die geschwächte Vertretung der gesamten Koalition und argumentiert, dass Netanjahus Vorsprung gegenüber Eisenkot ohne die Fähigkeit, eine Regierung zu bilden, kaum Bedeutung habe.

„Ein Wahlsieg lässt sich an der Anzahl der Sitze messen, während sich der Erfolg bei der Regierungsbildung daran misst, ob es gelingt, 61 Unterschriften zu sichern und eine stabile Koalition zu bilden“, erklärt er.

Saad Nimr, Professor für Politikwissenschaft an der Birzeit-Universität, liefert eine schärfere Einschätzung des Ergebnisses.

Netanyahus Vorsprung „ist weder ein echter Sieg noch ein Zeichen politischer Stabilität, sondern ein unvollständiger Schritt, der eine strukturelle Krise widerspiegelt. Israel wählt nicht mehr zwischen rechts und links, sondern innerhalb eines geschlossenen rechten Rahmens“, erklärt er gegenüber *The Cradle*.

Die religiösen und extremistischen Parteien, so Nimr, behalten zwar erheblichen Einfluss auf Netanjahu, doch ihre gebündelte Stärke reicht nicht aus, um sein politisches Überleben zu sichern.

Ihre Vertretung „gibt ihnen die Möglichkeit, Druck auszuüben und zu erpressen, reicht aber nicht aus, um eine stabile Regierung zu gewährleisten“, sagt er.

Eisenkot und seine zionistischen Verbündeten unterscheiden sich kaum von Netanjahu in ihrem Bekenntnis zum jüdischen Charakter Israels und zu dessen militärischer Vorherrschaft.

Wie *The Cradle* bereits feststellte, dreht sich die Rivalität zwischen Netanjahu und Eisenkot darum, wer am besten geeignet ist, den jüdischen Staat zu regieren und zu verteidigen, und nicht um eine grundlegende Meinungsverschiedenheit über dessen politische Grundlagen.

Die 19 Sitze, die Israel nicht ignorieren kann

Die vielleicht bedeutendste Entwicklung dieser Wahl ist die beispiellose Vertretung, die sich die Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft gesichert haben.

Die Gemeinsame Liste gewann 11 Sitze, während die Vereinigte Arabische Liste (Ra’am) unter der Führung von Mansour Abbas acht Sitze errang. Zusammen bilden ihre 19 Sitze die größte palästinensische Vertretung in der Geschichte der Knesset.

Die Wahlbeteiligung unter den palästinensischen Wählern in den seit 1948 besetzten Gebieten lag bei fast 80 Prozent.

Shadid bezeichnet das Ergebnis als „eine bedeutende Entwicklung in der Geschichte der Knesset“ und stellt es den früheren Wahlen gegenüber, bei denen die politische Vertretung der Palästinenser zersplittert war und eine beträchtliche Anzahl palästinensischer Wähler zionistische Listen unterstützte.

Zuvor, so erklärt er, lag die Wahlbeteiligung unter den palästinensischen Wählern in der Regel zwischen 50 und 60 Prozent. Diesmal gingen nach seiner Einschätzung mehr als 94 Prozent ihrer Stimmen an palästinensische Parteien.

Etwa 900.000 der 1,1 Millionen wahlberechtigten Palästinenser nahmen an der Wahl teil, wobei rund 500.000 Stimmen auf die Gemeinsame Liste und 336.000 auf Ra’am entfielen, so Shadid.

Die palästinensischen Gemeinschaften „sind besser organisiert und einflussreicher geworden und nun in der Lage, eine politische Kraft zu bilden, um sich gegen die Angriffe zu wehren, denen sie ausgesetzt sind“, erklärt er gegenüber *The Cradle*.

Ihre gestärkte Vertretung versetzt sie in die Lage, darüber zu entscheiden, ob Eisenkot eine alternative Regierung bilden kann. Dennoch bleibt die Frage der Beteiligung innerhalb der palästinensischen Gesellschaft selbst äußerst umstritten.

Einige palästinensische Parteien und Wähler befürworten die Beteiligung an der Regierung oder die parlamentarische Unterstützung einer Regierungskoalition von außen als Mittel zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Diskriminierung und Hausabrissen.

Andere lehnen eine Beteiligung an einer zionistischen Regierung – sei es direkt oder indirekt – kategorisch ab, wie Shadid erläutert:

> Es ist unvorstellbar, Teil einer zionistischen Regierung zu sein oder diese zu unterstützen, die in der Westbank und im Gazastreifen Völkermord an ihrem eigenen Volk begeht und innerhalb Israels Rassendiskriminierung gegenüber Palästinensern betreibt.

Nimr beschreibt das Dilemma als einen Konflikt zwischen „wahlpolitischer Notwendigkeit“ und „politischer Ausgrenzung“.

Führende Oppositionspolitiker, darunter Eisenkot und Avigdor Lieberman, haben sich gegen die Bildung einer Regierung gewehrt, die von palästinensischen Parteien abhängig wäre.

Eine Ausnahme bildet Yair Golan, dessen Partei „Demokraten“ offen die Zusammenarbeit mit palästinensischen Abgeordneten unterstützt hat, um Netanjahu abzusetzen.

Nimr argumentiert, dass diese weitgehende Weigerung „strukturellen Rassismus in der israelischen Politik offenbart, wo ein palästinensischer Abgeordneter als Bürger angesehen wird, auf den man sich bei der Regierungsbildung nicht verlassen kann“.

Dies hindert palästinensische Vertreter daran, „von Königsmachern zu echten Partnern zu werden, und lässt sie als entscheidendes Gewicht in einem politischen Spiel zurück, das sie nicht als Teilnehmer will“.

Der Shin Bet mischt sich in den Wahlkampf ein

Die beispiellose palästinensische Wahl hat zudem einen Versuch aus dem Lager Netanjahus ausgelöst, die Legitimität des Ergebnisses anzufechten.

Nach der Wahl behauptete der Likud, ausländische Akteure hätten Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung unter palästinensischen Bürgern finanziert, und unterstellte, dass Gelder mit Verbindungen zu Katar und der Türkei eingesetzt worden seien, um die Wahl zu beeinflussen.

Netanjahus Likud ging noch weiter und warf den palästinensischen Parteien vor, die Wahl durch Bestechung, Einschüchterung, Betrug und illegale Software zur Wählermobilisierung manipuliert zu haben.

Die Vorwürfe veranlassten den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Richter Noam Sohlberg, den Shin Bet, Israels Inlandsgeheimdienst, um eine Untersuchung wegen des Verdachts auf ausländische Finanzierung und unzulässige Einflussnahme auf die Wahl zu bitten.

Israelischen Medienberichten zufolge betrifft die Untersuchung mögliche Geldtransfers, mit denen die Wahlbeteiligung in palästinensischen Gemeinden gefördert werden sollte.

Am 29. Oktober wies der amtierende Generaldirektor der Zentralen Wahlkommission, Dean Livne, Vorwürfe eines systematischen Wahlbetrugs zurück und erklärte, die Wahlen seien rechtmäßig durchgeführt worden und die Beamten hätten keine Anhaltspunkte für Behauptungen über weit verbreitete Verstöße gefunden.

Die Kommission bestätigte anschließend, dass die Untersuchung weder die Veröffentlichung der Ergebnisse noch die Bildung der nächsten Knesset verhindern werde.

Shadid identifiziert zwei Ziele hinter Netanjahus Vorgehen. Das erste besteht darin, „die Palästinenser innerhalb Israels zu delegitimieren und sie daran zu hindern, an Wahlen teilzunehmen, sei es als Wähler oder als Kandidaten“.

Er ordnet dieses Vorgehen in den Kontext der langjährigen Weigerung Israels ein, die Palästinenser als nationale Gemeinschaft mit kollektiven politischen Rechten anzuerkennen, insbesondere nach der Verabschiedung des Nationalstaatsgesetzes von 2018.

Das zweite Ziel, so sagt er, bestehe darin, „die Wahlergebnisse anzuzweifeln und zu behaupten, sie seien manipuliert worden oder es sei Geld aus terroristischen Quellen dafür ausgegeben worden“.

Shadid rechnet jedoch nicht damit, dass dieser Versuch Erfolg haben wird, insbesondere angesichts der Skepsis, die von Wahlbeamten und Sicherheitsbehörden geäußert wurde.

Nimr stellt die Entscheidung in Frage, den Shin Bet einzuschalten:

> Die Tatsache, dass die Ermittlungen dem Sicherheitsdienst Shin Bet und nicht der Polizei übertragen wurden, zeigt, dass es nicht darum geht, ausländische Finanzierungen zu untersuchen, sondern arabische Parteien als Verräter zu brandmarken und die Wahllegitimität neu zu definieren.

Die Vorwürfe gegen Katar und die Türkei, so argumentiert er, stützen sich auf ein etabliertes politisches Narrativ, in dem die Beteiligung der Palästinenser als Bedrohung für die jüdische Identität Israels dargestellt wird.

Er warnt zudem davor, dass die Untersuchung dazu genutzt werden könnte, Wahlergebnisse anzufechten, die Vertretung der Palästinenser zu schwächen oder die Bemühungen der Opposition um einen Wechsel in der Parlamentsführung zu behindern.

Das endgültige Wahlergebnis wurde veröffentlicht, und die Vereidigung der neuen Knesset ist für den 10. November vorgesehen. Die Wahlbehörden erklären, dass die Untersuchung den Prozess nicht verzögern werde.

Nimr betrachtet die Vorwürfe als „die Fortsetzung eines tief verwurzelten, ausgrenzenden politischen Ansatzes und nicht lediglich als Vergeltungsmaßnahme für eine Wahlniederlage".

„Das System funktioniert nach der Logik einer politischen Apartheid, bei der die palästinensischen Stimmen lediglich als Dekoration akzeptiert und als Mittel zur Einflussnahme kategorisch abgelehnt werden", sagt er.

Er argumentiert, dass diese Ausgrenzung bereits vor dem Wahltag beginne, da die politische Teilhabe der Palästinenser wiederholt als Beweis für Illoyalität gegenüber dem Staat dargestellt werde.

Die Kontroverse ist daher zu einem Kampf geworden, bei dem es um mehr als nur den Verdacht auf ausländische Finanzierung geht. Netanjahus Lager stellt die politische Legitimität einer Wählergruppe in Frage, deren Stärke im Parlament sein Amt als Ministerpräsident beenden könnte.

Der Iran und die Option einer Einheitsregierung

Am 26. Oktober berichtete die „Washington Post", dass Netanjahus Verbündete und der Trump-Regierung nahestehende Persönlichkeiten mit Eisenkot über die Bildung einer nationalen Einheitsregierung gesprochen hätten.

Der Vorschlag würde es Netanjahu ermöglichen, trotz seiner geschwächten Wahlposition im Amt des Ministerpräsidenten zu bleiben, wobei möglicherweise einige seiner rechtsextremen Koalitionspartner durch Mitglieder aus Eisenkots Oppositionslager ersetzt würden.

Laut der Jerusalem Post hatte Netanjahu US-Beamten mitgeteilt, dass Eisenkot sein bevorzugter Regierungspartner wäre, sollte es erneut zu einer militärischen Konfrontation mit Teheran kommen.

Da Eisenkot im Wahlkampf gegen Netanjahu angetreten war und versprochen hatte, nicht unter ihm zu dienen, könnte er unter Druck geraten, diese Zusage im Namen der nationalen Sicherheit aufzugeben. Israelische Medien berichteten zudem über Diskussionen über eine Rotation im Amt des Ministerpräsidenten und den vorläufigen Ausschluss ultraorthodoxer Parteien.

Ein Bericht vom 29. Oktober, der sich auf *Maariv* berief, deutete darauf hin, dass der Vorschlag geprüft werde, obwohl Eisenkot sich wiederholt geweigert hatte, einer von Netanjahu geführten Regierung beizutreten.

In seiner Rede am Wahlabend erklärte Netanjahu, dass die Konfrontation Israels mit dem Iran noch nicht vorbei sei, und argumentierte, dass die iranische Bedrohung noch nicht endgültig beseitigt worden sei.

Eisenkot reagierte darauf mit einer Warnung an Netanjahu, Israels Sicherheit nicht für seine persönlichen politischen Interessen auszunutzen.

Der Wortwechsel folgte auf Berichte über militärische Vorbereitungen der USA für eine mögliche neue Konfrontation mit Teheran, was die Aussicht auf eine regionale Eskalation im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen in Israel aufkommen ließ.

Shadid sieht einen Präzedenzfall für militärische Eskalationen inmitten innenpolitischer Krisen. Er erinnert an den israelischen Angriff auf den irakischen Atomreaktor im Jahr 1981 unter Menachem Begin und argumentiert, dass aufeinanderfolgende israelische Regierungschefs bei innenpolitischen Schwierigkeiten auf militärische und sicherheitspolitische Eskalationen zurückgegriffen hätten.

Er führt zudem das Massaker von Qana als Beispiel für eine Militäraktion an, die für die Verantwortlichen ungünstige Folgen hatte.

Dennoch ist er der Ansicht, dass Netanjahus derzeitige missliche Lage ihn besonders gefährlich macht:

> Sollte er zu dem Schluss kommen, dass sich seine politische Karriere dem Ende zuneigt und ihm möglicherweise eine Haftstrafe droht, werden weder er noch seine Verbündeten zögern, alles niederzubrennen, um seine Position als Regierungschef zu sichern. An diesem Punkt wird die militärische Eskalation nicht mehr nur ein Sicherheitsinstrument, sondern zu einem existenziellen Mittel in Netanjahus persönlichen und politischen Kalkülen.

Netanjahus Korruptionsprozess geht weiter, während seine Gegner eine offizielle Untersuchung der Sicherheitsmängel im Zusammenhang mit der „Operation Al-Aqsa-Flut“ fordern.

Eisenkots Gantz-Dilemma

Nimr ist der Ansicht, dass eine militärische Eskalation Netanjahu einen politischen Ausweg bieten und gleichzeitig eine – wie er es nennt – verfassungsrechtliche Falle für seine Gegner schaffen könnte.

Er sieht drei mögliche Ausgänge der Wahlsackgasse: eine Minderheitsregierung der Opposition, die von palästinensischen Abgeordneten unterstützt wird, eine Regierung der nationalen Einheit unter Beteiligung von Netanjahu und Eisenkot oder Neuwahlen nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen.

Eine Minderheitsregierung der Opposition wäre auf palästinensische Stimmen angewiesen; eine Einheitsregierung würde voraussetzen, dass Eisenkot sein Versprechen, nicht unter Netanjahu zu dienen, zurücknimmt.

Die dritte Option würde es Netanjahu ermöglichen, als geschäftsführender Ministerpräsident im Amt zu bleiben, während eine weitere Wahl organisiert wird.

„Der Ausbruch eines Krieges könnte Eisenkot unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit dazu zwingen, sich den Wünschen von Trump und Herzog zu beugen und eine Einheitsregierung zu bilden“, sagt er.

Ein Präzedenzfall ist Benny Gantz, der 2020 eine Vereinbarung zur Machtteilung mit Netanjahu schloss, die jedoch aufgrund von Streitigkeiten über den Staatshaushalt und die versprochene Rotation des Ministerpräsidentenamtes scheiterte.

Eisenkot selbst trat später nach der Operation „Al-Aqsa-Flut“ Netanjahus Kriegsnotstandsregierung bei, bevor er das Kriegskabinett im Juni 2024 wieder verließ.

Nimr befürchtet, dass eine weitere Notstandsregelung zu einem ähnlichen Ergebnis führen könnte, bei dem Eisenkot eine untergeordnete Rolle übernimmt, während Netanjahu das Amt des Ministerpräsidenten behält.

„Eisenkot würde dann zu einem weiteren Gantz werden“, argumentiert er und warnt davor, dass diese Regelung Netanjahus Autorität erhalten könnte, während palästinensische Vertreter und möglicherweise auch die ultraorthodoxen Parteien an den Rand gedrängt würden.

Eisenkots militärische Verdienste könnten es politisch kostspielig machen, eine Notstandsregierung während eines Krieges abzulehnen.

Doch ein Beitritt zu Netanjahu wäre mit eigenen Risiken verbunden. Eisenkot hat die Führung des Ministerpräsidenten wiederholt kritisiert und ihn für die Versäumnisse verantwortlich gemacht, die der Operation „Al-Aqsa-Flut“ vorausgingen.

Nimr warnt zudem davor, dass Netanjahu monatelang als geschäftsführender Ministerpräsident im Amt bleiben könnte und diese Zeit nutzen würde, um Kriege zu führen, die extreme Rechte zu konsolidieren und sich auf eine weitere Wahl vorzubereiten.

Er beschreibt die Aussicht, dass Netanjahu von „der Zersplitterung der Opposition und der Schwächung der politischen Teilhabe der Palästinenser“ profitieren könnte, was es ihm ermöglichen würde, trotz der gegen ihn laufenden Gerichtsverfahren politisch zu überleben.

Ein solches Ergebnis würde nicht erfordern, dass Netanjahu sofort eine parlamentarische Mehrheit erringen müsste. Es würde lediglich voraussetzen, dass sich seine Gegner nicht auf eine Alternative einigen können, während die bestehende Regierung weiterhin die Exekutivgewalt ausübt.

Wenn der Krieg entscheidet, wer regiert

Die Wahl hat ein Parlament hervorgebracht, in dem weder Netanjahu noch Eisenkot allein mit der Stärke ihres eigenen Lagers regieren können, während die palästinensischen Vertreter, die das Kräfteverhältnis verändern könnten, von einem Großteil der Koalitionsdebatte ausgeschlossen bleiben.

Eine Not-Einheitsregierung würde sowohl Netanjahu als auch Eisenkot einen Ausweg aus der Sackgasse bieten, wenn auch zu sehr unterschiedlichen Bedingungen.

Für Netanjahu würde sie seinen Machterhalt sichern, eine Abrechnung über seine Führung hinauszögern und es ihm ermöglichen, seine fortgesetzte Herrschaft als Notwendigkeit für die nationale Sicherheit darzustellen.

Für Eisenkot würde sie eine Rolle bei der Steuerung der staatlichen Reaktion auf eine größere militärische Konfrontation bieten, allerdings um den Preis, Partner in der Regierung zu werden, die er eigentlich ablösen sollte.

Ein weiterer israelischer Angriff auf den Iran könnte die Koalitionsverhandlungen neu gestalten und Eisenkot unter Druck setzen, Netanjahu vor dem Wahlergebnis zu retten. Palästinensische Abgeord-

nete würden trotz ihrer beispiellosen Vertretung erneut von den Verhandlungen über die Regierungsbildung ausgeschlossen werden.

Die palästinensischen Bürger haben sich ihre bisher stärkste parlamentarische Vertretung gesichert, doch die zionistischen Parteien, die die Regierungsführung anstreben, sind nach wie vor nicht bereit, ihre Stimmen als Grundlage für eine Regierungsmehrheit anzuerkennen. Netanjahu hingegen könnte in einem weiteren Krieg gegen den Iran die politische Rettungsleine finden, die ihm an der Wahlurne verwehrt wurde.